Werbung

24.02.2026 • 102

Kommentar

Ermittlungen wegen „Pinocchio"-Vergleich: Die deutsche Strafverfolgung ist außer Kontrolle

Die Ermittlungen gegen einen Rentner, der Bundeskanzler Merz mit „Pinocchio" verglich, zeigen erneut die katastrophale Prioritätensetzung der deutschen Strafverfolgung. Über die nötige Abschaffung des Paragrafen 188 kann es keine zwei Meinungen geben.

André Hintz

(Imago / STEINSIEK.CH, Walt Disney, 1940, eigene Collage)

„Als ich im Freundes- und Bekanntenkreis von der Anzeige erzählt habe, dachten alle, ich will sie auf den Arm nehmen", sagte der Rentner, gegen den nun die Kriminalpolizei ermittelt, weil er Bundeskanzler Friedrich Merz mit der Märchenfigur „Pinocchio" verglichen haben soll. So dürfte es vielen gegangen sein, die sich in der Presse über den Vorgang informierten und womöglich erst einmal auf den Kalender schauten, um sicherzugehen, dass nicht der 1. April ist.

„Pinocchio kommt nach HN" und ein entsprechendes Emoji mit langer Nase postete der Rentner unter einen Facebook-Beitrag der Polizei Heilbronn. Anlass war die Ankündigung eines Ortsbesuchs des Kanzlers zusammen mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Drei Monate später erhielt er laut der Regionalzeitung *Heilbronner Stimme* ein Schreiben der Kriminalpolizei, in dem er über die gegen ihn gerichteten Ermittlungen wegen des Verdachts der Politikerbeleidigung gemäß Paragraf 188 Strafgesetzbuch informiert wurde.

Werbung

Die Anzeige erstattete das Social-Media-Team des Polizeipräsidiums Heilbronn im Rahmen eines routinemäßigen Monitorings. Laut Polizeisprecher Andreas Blind sei es üblich, die Kanäle „auf strafbewährtes Handeln“ zu prüfen und entsprechende Funde zur Anzeige zu bringen. Offenbar liegt die Schwelle bei der Beurteilung mittlerweile derart niedrig, dass bereits bei einem Anflug von Polemik die Alarmglocken schrillen.

Üblicherweise werden im deutschen Sprachgebrauch Menschen mit „Pinocchio“ verglichen, die man als notorische Lügner identifiziert – weil die Nase der Märchenfigur wächst, sobald sie lügt. In der Originalgeschichte ist die Figur jedoch weder berechnend noch betrügerisch. Tatsächlich ist Pinocchio vielmehr kindlich-naiv und reift im Verlauf der Erzählung moralisch zu einer verantwortungsbewussten Person heran. Doch selbst wenn dieser Kontext ausgeblendet wird, handelt es sich um keine „Beleidigung“ im Sinne des Paragrafen 188.

Werbung

Laut dem Berliner Rechtsanwalt Moritz Ott handle es sich bei dem Vergleich um eine legitime Meinungsäußerung im Sinne von Artikel 5 des Grundgesetzes, die von der allgemeinen Meinungsfreiheit gedeckt sei. Ähnlich argumentiert der Medienrechtsanwalt Michael Rath-Glawatz, der in der Bemerkung ein Werturteil und keine (unwahre) Tatsachenbehauptung erkennt.

LESEN SIE AUCH:

Heilbronn

Neben Pinocchio-Vergleich: Polizei übergibt mehr als 30 weitere Kommentare über Merz an Staatsanwaltschaft

Redaktion • 73

Braga

Fußball-Fans und Verein empört: Polizei wollte christliche Choreo zensieren

Jerome Wnuk • 7

Ungeachtet der juristischen Details wirkt es fragwürdig, dass deutsche Behörden Ressourcen für derartige Nichtigkeiten aufwenden und das Internet gezielt nach belanglosen Social-Media-Beiträgen durchforsten, um vermeintlich „strafbares“ Material zu finden – und am Ende harmlose Bürger mit Verfahren zu behelligen.

Zum Jahresende 2025 gab es an deutschen Gerichten erstmals mehr als eine Million unerledigte Strafverfahren.
Laut dem Bundesgeschäftsführer des Deutschen Richterbundes, Sven Rebehn, fehlten mehr als 2.000 Staatsanwälte und Strafrichter, um der schieren Masse an Verfahren Herr zu werden. Angesichts derartiger Zahlen wäre den Behörden zu empfehlen, die Gerichte nicht mit noch mehr unnötigen Verfahren zu verstopfen.

Werbung

Der jetzige Fall, der stark an die „Schwachkopf-Affäre“ um den früheren Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck erinnert und sich in eine Reihe weiterer Fälle aus den vergangenen Jahren einfügt, deutet auf eine in jeder Hinsicht haarsträubende und zutiefst konformistische Prioritätensetzung in deutschen Strafverfolgungsbehörden hin. Polizei und Staatsanwaltschaften agieren auf diese Weise lediglich als Vollzugshelfer der Mächtigen und sorgen dafür, dass als unredlich empfundene Kritik am Regierungshandeln durch Ermittlungsverfahren abgeschreckt wird.

Nicht zuletzt die Anfang 2025 ausgestrahlte Dokumentation von „60 Minutes“ des US-Senders *CBS* zeigte, dass derartige Ermittlungen nicht nur mit Blick auf eine spätere Verurteilung geführt werden, sondern für Betroffene bereits durch ihre Begleitmaßnahmen einschneidend sein können – etwa durch Wohnungsdurchsuchungen und die Sicherstellung von Handys und PCs. Die hämischen Reaktionen der drei in der Doku gezeigten Staatsanwälte zeigen deutlich, dass die verheerende Wirkung der Ermittlungen bewusst intendiert wird (*Apollo News* berichtete).

Der Staatsrechtler Volker Böhmer-Neßler sieht dies im Interview mit *Apollo News* ähnlich: „Man kann die Meinungsfreiheit durch Strafrecht einschränken ganz direkt. Man kann sie aber auch dadurch einschränken, dass man die Bevölkerung einschüchtert“, sagte Böhmer-Neßler. Wenn man wegen harmloser, satirisch gemeinter Kritik bereits mit Strafanzeigen rechnen müsse, überlege man es sich mehrmals, „ob man überhaupt noch etwas irgendwas sagt und dann ist der freie Diskurs kaputt“, so Böhmer-Neßler weiter.

Werbung

Solange es in Deutschland eine derart vage und zur Willkür einladende Rechtsgrundlage wie Paragraf 188 gibt, ist zu befürchten, dass unverhältnismäßige Ermittlungspraktiken und obrigkeitsstaatliches Behördenhandeln angesichts der sich zuspitzenden politischen Spannungen eher zu- als abnehmen werden. Es bräuchte die Abschaffung des Paragrafen, um die immer wieder drohende Außerkraftsetzung der vielbeschworenen demokratischen Prinzipien zu verhindern und die Strafverfolgungsbehörden wieder unter Kontrolle zu bringen.

Damit ist in absehbarer Zeit allerdings kaum zu rechnen. Zwar gibt es aus der Union immer wieder einzelne Vorstöße – zuletzt etwa von Jens Spahn –, die das autoritäre Potenzial der Regelung zumindest andeuten. Konkrete Schritte bleiben jedoch aus. Erst vor wenigen Wochen scheiterte im Bundestag ein AfD-Antrag zur Abschaffung des Paragrafen an den Stimmen der übrigen Fraktionen. Der Unionsabgeordnete Carsten Müller verteidigte die Regelung unter Verweis auf die Ermordung Walter Lübckes: „Mordtaten folgten blutrünstigen Worten“, sagte Müller (*Apollo News* berichtete).

Da offenbar bereits Begriffe wie „Pinocchio“ und „Schwachkopf“ als blutrünstige Worte und damit als Vorboten mörderischer Taten gewertet werden, bleibt angesichts der wohl unveränderten Rechtslage wenig Grund zur Hoffnung, dass sich das Augenmaß der zuständigen Behörden kurzfristig zugunsten der Bevölkerung verschiebt.

Teilen:

Zu den Kommentaren (102) ↓

Einmalig Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen: Pay Pay

10 € 15 € 25 € 50 € 100 € Anderer Betrag (€)

→ Weiter zum Zahlen

Bank-Überweisung

Werbung

Auch interessant

Anzeige

Hamburg beschließt neues Heiz-Gesetz. Ab Heute gilt für Hausbesitzer ohne Wärmepumpe...

Wärmepumpen

Anzeige

Hamburg: Tausende Deutsche verdienen bereits extra dank...

deutsche-ki-app.com

Anzeige

Private Krankenkassen verschweigen: We...

gesundheit-zeitung.de

Anzeige

Kassenpatienten verlieren Standard – Diese Leistungen...

Finanzkompass

Anzeige

Spiele kostenlos in deinem Browser –...

Dieses neue Farmspiel sorgt für viel Aufregung...

Taonga Farm

Anzeige

Wenig bekannt: Bei BMI 30–40 hast du...

Oviva Direkt | Ernährungsberatung

Anzeige

Arzt rät: Der 7-Sekunden-...

Dieser einfache Tipp entleert Ihren Darm...

Floravia

Anzeige

Krankenkassen-Aktion: Wer vor...

Pflege.net

Anzeige

Zahnärzte aufgebracht: Mehr als jeder zweite Kassenpatient lässt diesen Zahnersatz...

finanzkompass.tips

Anzeige

Kassenpatienten schnallen einfach nicht, dass sie Zahnersatz bekommen können!

finanzkompass.tips

Anzeige

„Vier Jahre lang betrogen“ – Heidi Klum enthüllt...

Oh!MyMag

Auto-Abo statt Leasing? Dieses Modell verändert...

FINN

Anzeige

Anzeige

Viele Rentner kennen diese Neuerung noch nicht – Rentenänderungen 2026

The Shredder Co

Anzeige

Wie Firmengründungen in Dubai...

propertyinsightshub

Ihr Kommentar ...

102 Kommentare

Relevanz

DDM_Reaper20 24.02.2026 um 06:11 Uhr

Oh, es ist zweifellos eine üble Beleidigung. FÜR PINOCHIO!

103 Antworten

P. Zilger 24.02.2026 um 08:33 Uhr

Pinochio war als Figur sympathisch.

19 Antworten

PFischer 24.02.2026 um 10:51 Uhr

Richtig, und der ist es nicht,

5 Antworten

thueringer 24.02.2026 um 11:47 Uhr

pinocchio gab es auch in der sowjetunion, weil er so sympathisch war. er hiess dort buratino und wurde millionenfach verkauft.

0

PFischer 24.02.2026 um 10:50 Uhr

Die Heilbronner Polizei sollte sich in Grund und Boden schämen – meine Meinung.

9 Antworten

Agricola 24.02.2026 um 06:25 Uhr

Ich sehe nicht, daß die Strafverfolgung außer Kontrolle ist. Die Strafverfolgungsbehörden der UDR (Unsere Demokratische Republik) erfüllen nur ihre sozialistische Pflicht bei der Abwehr subversiver Elemente.

95 Antworten

Oh-No 24.02.2026 um 11:55 Uhr

Angesichts bekannter extremer Justizüberlastung kann bezweifelt werden, daß sich die StA HN personell eine Art „Abteilung für Beschäftigungstherapie“ leisten kann. Das sollte bei der ebenso überlasteten Polizei im Auge behalten werden.

0 Antworten

Scheibenpils 24.02.2026 um 06:48 Uhr

Sollte der sympathische und herzensgute Pinocchio nicht eher klagen?

43 Antworten

Einfältig 24.02.2026 um 06:48 Uhr

Pinochio ist doch eine niedliche Umschreibung für das wahre Ausmaß an Lug und Betrug.

58 Antworten

Lindblom 24.02.2026 um 10:12 Uhr

Die „neue Generation“ spricht von „Merz-Mafia“.....

6 Antworten

thueringer 24.02.2026 um 11:51 Uhr

merz selber hat aber die anzeige garnicht eingereicht. es war ein internet-suchteam der polizei, habe ich gelesen. vielleicht steckt da ja was ganz anderes dahinter ? denn die nation wird ja nun und spaeter denken, dass er’s selber war, der den rentner angezeigt hat. der ruf ist dahin. – nur so ein gedanke ...

0 Antworten

Johnny Walker 24.02.2026 um 06:27 Uhr

Social Media Team?

Ich lade gerne jeden ein, einmal per Bahn nach Heilbronn zu reisen und am Bahnhof auszusteigen.

Die Prioritätensetzung der Polizei Heilbronn ist hier absurd! Ihr braucht jeden Mann und jede Frau hier auf der Straße, damit ihr z.B. die Innenstadtraser stoppt, die schon zwei Mädchen auf dem Gewissen haben!
Vom „Stadtbild“ ganz zu schweigen! Bandenkriege am Döner Dreieck und Drogenverkauf am Kiliansplatz, alles kein Problem?!

Aber einen Fritze Merz das nennen was er ist, Das ist das Problem?

99 Antworten

Fieser Möpp 24.02.2026 um 07:32 Uhr

Die Polizei besitzt keine abschließende und ausreichende Fachkompetenz, um die Grenzen der Meinungsfreiheit zuverlässig beurteilen und einwerten zu können, Deshalb ist die Polizei diesbezüglich – gottseidank – auch nicht entscheidungsbefugt.

Das SKANDALÖSE und aus meiner Sicht auch KRIMINELLE AGIERENDE Problem sind vielmehr die verantwortlichen Staatsanwälte und letztlich die entscheidenden Strafrichter, die sich offenkundig machtmissbräuchlichen Verhaltens schuldig und deshalb auch STRAFBAR machen !

Hier muss die Reißleine gezogen werden.

38 Antworten

PaulPanther 24.02.2026 um 10:32 Uhr

Von wem denn?

2 Antworten

MaTa 24.02.2026 um 08:16 Uhr

Spiegel Autor Lukas Eberle schrieb in der Stimme, Heilbronn ist kein Brennpunkt und er habe sich nie unsicher gefühlt. Naja- Spiegel. Und wer weiß wo er wann in HN war...

10 Antworten

Stern 24.02.2026 um 11:59 Uhr

Der Spiegel, von „Wir decken den Dreck auf“ zu „Wir decken den Dreck zu“. Ich hoffe, dass ich noch den endgültigen Niedergang dieses Drecksblattes und einiger anderer erleben werde.....

0 Antworten

Der Andere 24.02.2026 um 07:38 Uhr

Ich habe das Gefühl, dass wir uns in einer Abwärtsspirale der vollkommenen Absurditäten befinden. Es wird also spannend, wie weit sich das noch fortsetzen kann, bis es zu einem Zusammenbruch dieser Spirale kommt. Dann ist nur fraglich, ob die Vernunft oder die Unvernunft siegt.

26 Antworten

Maren Mueller 24.02.2026 um 07:47 Uhr

Wenn ich an die Absurditäten der Corona Zeit denke, dann kann die Spirale noch weit nach unten gehen. Sie bohrt sich am Ende sogar noch in die Tiefe, wenn es sein muss.

16 Antworten

Der Andere 24.02.2026 um 08:00 Uhr

Dann wollen wir mal hoffen, dass Portale, wie Apollo oder NIUS von immer mehr Menschen entdeckt werden. So dass die Tatsachen eine breite Menge der Bevölkerung erreichen. Die normalen Medien kann man ja eigentlich gar nicht mehr konsumieren, wenn man erstmal mit den ungeschönten Berichterstattungen konfrontiert wird. Und ja, es muss auch ein Regierungswechsel stattfinden. Es gibt ja nur noch Links und die AFD. Mehr Auswahl hat man nicht mehr.

10 Antworten

Thomas M. 24.02.2026 um 09:02 Uhr

Ich nehme an, dass es in Deutschland in der NAZI-Diktatur und später auch in der DDR genau so auch angefangen hat.

19 Antworten

thueringer 24.02.2026 um 11:53 Uhr

mit pinocchio ?? die ddr hatte pittiplatsch den lieben im sandmaennchen.

0 Antworten

Tunichgud 24.02.2026 um 09:30 Uhr

Es gab in den 1970er Jahren mal eine satirische Wochenzeitschrift namens „Pardon“. Wenn ich mich daran erinnere, was da an Cartoons, Beiträgen und Kommentaren erschienen ist, hätte die heutige deutsche Justiz die komplette Redaktion verhaften lassen. Kann es sein, dass sich das Demokratieverständnis um „360°“(Zitat Baerbock) gewandelt hat?Übrigens, solche Politiker wie Merz, Spahn, Habeck, Baerbock wären damals „Stammkunden“ im Pardon gewesen.

8 Antworten

Anonymous 24.02.2026 um 11:13 Uhr

Der nächste Dreh der Ermittlungsbehörden wird dann sein: alles gerechtfertigt, denn: der Merz ist gar nicht aus Holz!

1 Antworten

Fritz 24.02.2026 um 07:02 Uhr

Pinocchio war aber intelligenter beim Lügen.

15 Antworten

thueringer 24.02.2026 um 11:54 Uhr

trotzdem hat er die goldmuenzen unterm baum zur nacht eingegraben, weil schlechte freunde es ihm geratten hatten. frueh war das geld halt dann weg.

0 Antworten

Sanijo 24.02.2026 um 06:38 Uhr

Was kann der Bürger für die Abschaffung des Paragrafen 188 tun?
Nichts! Ich wünschte es gebe einen langen Hebel und die Macher und Befürworter dieses Ungesetzes lebenslang hinter Gitter!

27 Antworten

Name der Redaktion bekannt 24.02.2026 um 10:02 Uhr

AfD wählen.

5 Antworten

Auxarmescitoyen 24.02.2026 um 07:39 Uhr

Allons enfants de la patrie,
le jour de gloire est arrivé !

4 Antworten

Weitere Antworten anzeigen (4)

Byte Writer 24.02.2026 um 08:42 Uhr

§ 188 Abs. 2 ist verfassungswidrig. Dort heißt es " ... und ist die Tat geeignet, sein öffentliches Wirken erheblich zu erschweren". Diese Formulierung verstößt gegen den Bestimmtheitsgrundsatz, der grundrechtlich geschützt ist. Die Auslegung eröffnet willkürliche Entscheidungen. Betroffene müssen durch die Instanzen gehen.

7 Antworten

Bit Writer 24.02.2026 um 10:12 Uhr

Genau, ein Laie kann gar nicht einschätzen, ab wann „das öffentliche Wirken" beeinträchtigt sein kann, ist also gar nicht in der Lage, das Gesetz anzuwenden. Das Gesetz läuft damit auf ein Verbot negativer Äußerungen über Politiker hinaus.

2 Antworten

Elbradler 24.02.2026 um 08:59 Uhr

Tatort, Tatzeit sowie Tatbild ?

1 Antworten

Weitere Antworten anzeigen (1)

niklant 24.02.2026 um 09:07 Uhr

Deutsche Rechtsprechung ist gar nicht mehr vorhanden! Viele Urteile richten sich gegen Deutsche. Selbst die Polizei wird dazu missbraucht, denn sie sind ja Weisungsgebunden!

6 Antworten

Eric 2 24.02.2026 um 08:45 Uhr

Polizeisprecher: „strafbewährtes Handeln".
Manno!
In Heilbronn verfestigen sich Freud'sche Versprecher zu Freud'schen Textbausteinen.

5 Antworten

Jens H. 24.02.2026 um 07:56 Uhr

Da hätte ich eher Verständnis, wenn Pinochio klagt.

5 Antworten

Nino 24.02.2026 um 06:35 Uhr

Wahrheit, Realität, Meinungsfreiheit sollen verschwinden. Wir wissen alle, was das nach dem Abspann bedeuten könnte.

21 Antworten

Peter Meyer 24.02.2026 um 08:18 Uhr

Seit Jahrtausenden übertragen Gesellschaften ihre Eigenverantwortung an vermeintlich wohlwollende Eliten, z.B. Gurus, Kirchen, Staat, Justiz, ... und beklagen anschließend wie Kleinkinder, wenn der Weihnachtsmann (wohlwollende Elite) eigennützig handelt, z.B. eigene Prioritätensetzung.

Die Sehnsucht nach einer wohlwollenden Elite ist die Ursache und nicht die Folge, wenn beklagt wird, warum die Elite die Sehnsucht nicht erfüllt, z.B. eigene Prioritätensetzung.

Die aktuelle Epoche Aufklärung kann die Sehnsucht nach einem Weihnachtsmann nicht abbauen, denn der Verstand führt nicht zur Vernunft – Myside Bias.

3 Antworten

Der Belgier 24.02.2026 um 11:28 Uhr

Das land ist definitiv zu ende. Aber das konnte man schon lange vorhersehen...

1 Antworten

uiuiui 24.02.2026 um 07:24 Uhr

Man könnte Paragraf 188 um Kapitel AA** erweitern.

Kann dem mutmaßlich beleidigten Politiker Schmähkritik, nicht eingehaltene Versprechen oder Bevorzugung bestimmter Personengruppen allgemein gegenüber Bürgern nachgewiesen werden–bleibt eine vermutete Beleidigung eines Politikers für alle Bürger ohne juristische Folgen.

(Beispiele: Regenbogenfahne am Parlament–U3 Bürgergeld-Eltern müssen 3 Jahre lang nicht arbeiten bei vollen Leistungen–gesunde arbeitsfähige bekommen Miete Heizung 500 Euro–verbilligte Bahncard-freien Zoobesuch.... bezahlt-....Zuckersteuer auf Softdrinks aber nicht auf Bananen und Fruchtsäfte, Schokomilch., Schokoriegel, Gummibärchen, Eis....)..

1 Antworten

Ganzbaff 24.02.2026 um 07:28 Uhr

Einfach nur unfassbar!

11 Antworten

Klaus Jürgen Bremm 24.02.2026 um 08:00 Uhr

Nicht dieses unsägliche Gesetz trägt die Schuld, sondern unsägliche Beamte, die falsche Prioritäten setzen. Jeder Staatsanwalt kann die freie Entscheidung treffen, seine knappen Resourcen für strafrechtlich wichtigere Fälle einzusetzen und viele agieren auch noch so, aber eben nicht alle. Die Verantwortung für diesen absurden Unfug tragen also stets einzelne Beamte.

8 Antworten

Pauline G. 24.02.2026 um 06:43 Uhr

Unglaublich. Einschüchterung pur! Die meisten Deutschen wissen davon nichts oder passen sich an. Als ich kürzlich bei einer Bekannten mit Studium (und Promotion) die Meldeportale erwähnte, die z.B. die GRÜNE Paul in NRW eingerichtet hat oder die es auch in Hessen gibt, wusste sie davon NICHTS. Äußerungen auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze können angezeigt werden. Sie war ERSTAUNT!

22 Antworten

Tunichgud 24.02.2026 um 09:36 Uhr

Typischer Fall von MSM- Konsument. Kenne ich persönlich auch jede Menge.

6 Antworten

Stern 24.02.2026 um 12:08 Uhr

Die Allermeisten, meist ÖRR-Hörige, bekommen doch von den wichtigen Dingen gar nichts mit.
Unsere Nachbarin und andere, schauen und hören den ganzen Tag den ÖRR rauf und runter und rühmen sich, jede Politiksendung zu verfolgen.
Fragen nach den von Ihnen angesprochenen Meldestellen, oder z.B. Migrationspakt, Resettlement-Programm, RKI-Protokolle, etc. werden mit Fragezeichen in den Gesichtern „beantwortet".
(Und alle eingeflogenen Afghanen sind natürlich ausschließlich „Ortskräfte")
Habe vor anderthalb Jahren mal in einer Runde (ca. neunzig Prozent Akademiker) den Epstein-Fall angesprochen.
Wieder Fragezeichen im Gesicht und Nachfrage, ob ich nicht „Harvey Weinstein" meine.....
Herr, lass Hirn regnen.....wird aber auch nix nützen....

0 Antworten

simsi2003 24.02.2026 um 07:02 Uhr

Wesentlich wäre, wenn diese Aktivisten in Robe das Gesetz lesen und verstehen würden. Da steht „und ist die Tat geeignet, sein öffentliches Wirken erheblich zu erschweren". Bei Taten, die der Betroffene selbst gar nicht bemerkt und die ohne die tollen Ermittlungen kaum jemand mitbekommt, kann dieses Tatbestandsmerkmal kaum erfüllt sein. Nur Aktivisten sind eben von Ideologie getrieben und nicht Vertreter des Rechtsstaats, sondern „unseres Rechtsstaats"

17 Antworten

Udo Herter 24.02.2026 um 07:35 Uhr

Exakt beschrieben !

9 Antworten

An Perversion nicht zu überbieten... 24.02.2026 um 06:21 Uhr

Ach der Merz... mit dem Verfahren erzeugt die ermittelnde StA einen riesigen Imageschaden für die CDU – und das im Superwahljahr.

Lässt Merz die Sache verfolgen, verliert er. Kommt es zur Verhandlung, wird jedes Käseblatt seine Lügen feierlich in der Öffentlichkeit breittreten. Und dann steht er fürwahr als „Pinocchio“ dar, gleich, was das Gericht urteilt. Der Streisand- Effekt wird es richten.

Lässt Merz die Sache auf sich beruhen, kann er als „elder Statesman“ da drüberstehen. Nach kurzem Zucken der Presse verläuft das Ding im Sande. Kein Streisand- Effekt.

Aber: nur eine falsche Äusserung, dann haut ihm die Presse (s.o.) seine gebrochenen Versprechen um die Ohren. Mega- Gau für die CDU. Streisand- Effekt hoch zehn.

So viele Kröten kann der Merz noch nicht einmal aus 1000 Rentnern `rausklagen, die den Image- bzw. Reputationsschaden der CDU ersetzen können.

Dem Rentner ist zu wünschen, dass er eine anwaltliche Vertretung findet, die sich auf Litigation- PR versteht...

33 Antworten

Scheibenpils 24.02.2026 um 06:51 Uhr

In Gottes Ohr und ins Untertanenherz die Worte!

14 Antworten

Fynn 24.02.2026 um 06:38 Uhr

Passt zu 100% !....nur...sind denen die Wähler eh egal.

13 Antworten

Weitere Antworten anzeigen (1)

Nordfriese78 24.02.2026 um 07:12 Uhr

Die strafrechtliche Verfolgung eines Rentners wegen des „Pinocchio“-Vergleichs gegen Friedrich Merz demonstriert eindrücklich die verfehlte Prioritätensetzung der Justiz und die dringende Notwendigkeit, den § 188 StGB abzuschaffen. Während echte Kriminalität ignoriert wird, dient der Paragraf als Schutzwall für Politiker, die Kritik nicht ertragen und Angst vor dem Volk haben.

16 Antworten

thueringer 24.02.2026 um 11:58 Uhr

ein recht guter lausbubenstreich jetzt so kurz vor den wahlen in baden wuertemberg.
soweit man hoert, hat der cdu-mann den rentner ja nicht selbst angezeigt. das wissen aber nur sehr wenige, denn es steht kaum wo.

0 Antworten

Weitere Kommentare anzeigen

Werbung

Empfehlungen für Sie

Achtung:Tausende Deutsche verdienen bereits extra dank dieser KI-App!
Schau dir an, worüber ganz Deutschland spricht
Anzeige | deutsche-ki-app.com

So viel Zuschuss gibt es für Lifta Treppenlifte in Hamburg
Anzeige | Lifta

Warum immer mehr Deutsche so viel besser aussehen
Anzeige | kraftstep.com

Viele Rentner kennen diese Neuerung noch nicht – Rentenänderungen 2026
Anzeige | The Shredder Co

Könnte dies der nächste Trend in Hamburg sein?
Anzeige | sonnexia

Diese Veränderung wird von vielen Senioren übersehen
Anzeige | JLAG Europe

Neuer “Krankenhaus Tipp” gilt nur für Deutsche vor 1987 geboren
Obwohl sie in keiner Versicherungssammlung fehlen dürfte, haben zu viele Deutsche noch keine...
Anzeige | finanzkompass.tips

3.500 € passives Einkommen pro Monat: Welche Depotgröße ist dafür notwendig?
Anzeige | Fisher Investments

© 2023 - 2026 Apollo News